

Brenke, Karl

Article

Einkommensentwicklung der privaten Haushalte in Deutschland: Ostdeutschland fällt zurück

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Brenke, Karl (2005) : Einkommensentwicklung der privaten Haushalte in Deutschland: Ostdeutschland fällt zurück, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 72, Iss. 18, pp. 319-327

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/151376>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Einkommensentwicklung der privaten Haushalte in Deutschland – Ostdeutschland fällt zurück

Inhalt

Einkommensentwicklung der privaten Haushalte in Deutschland – Ostdeutschland fällt zurück

Seite **319**

Karl Brenke
kbrenke@diw.de

Nachdem in der ersten Hälfte der 90er Jahre die Haushaltseinkommen in den neuen Bundesländern enorm gestiegen waren – vor allem infolge rasanter Lohnanhebungen, damit einhergehender Rentenanpassungen sowie der Ausweitung sozialer Leistungen –, kam es danach zu nur noch mäßigen Zuwächsen. Sie fielen geringer aus als die Einkommenssteigerungen in Westdeutschland, insbesondere weil die Erwerbseinkommen in der Summe nur noch wenig zunahmten. Das ist allein in der schwachen Beschäftigungsentwicklung begründet. In Haushalten mit Erwerbseinkommen waren die Zuwächse ab Mitte der 90er Jahre zwar geringer als zuvor, hielten aber noch Schritt mit der Entwicklung der durchschnittlichen Arbeits-einkünfte in Erwerbstätigenhaushalten der alten Bundesländer. Bei den Löhnen hat sich die Anpassung an das westdeutsche Niveau, wenn auch mit immer kleineren Schritten, fortgesetzt.

Immer mehr Haushalte in Ostdeutschland sind von Sozialtransfers abhängig, und ein immer größerer Teil der Haushaltseinkommen entfällt auf diese Transfers. Eine solche Tendenz zeigt sich in den alten Bundesländern wegen der dort etwas besseren Beschäftigungsentwicklung kaum. Hinzu kommt, dass in den neuen Bundesländern der Anteil der Haushalte mit Bezug von Altersrente stärker als in Westdeutschland gestiegen ist. Im Jahre 2002 machten soziale Leistungen und gesetzliche Renten knapp 40 % der gesamten Nettohaushaltseinkommen in den neuen Bundesländern aus – in Westdeutschland war es nur reichlich ein Viertel.

In Ostdeutschland hat nicht nur – wie im Westen – der Anteil der Haushalte mit Rentnern zugenommen, sondern es kam auch in relativ kurzer Zeit zu einem generellen Wandel der Haushaltsstrukturen. Lebten kurz nach der Wende dort im Durchschnitt noch mehr Personen in Haushalten als in den alten Bundesländern, sind es jetzt weniger. Insbesondere der Anteil der Familien mit Kindern hat abgenommen; der Anteil der Alleinerziehenden ist gleich geblieben. Der Rückgang der durchschnittlichen Haushaltsgröße hatte den Effekt, dass Ostdeutschland bei den bedarfsgewichteten Haushaltseinkommen seit Mitte der 90er Jahre nur wenig hinter Westdeutschland zurückgeblieben ist.

Bei den Haushaltseinkommen hat sich die Schere zwischen Ost und West wieder geöffnet

Für die folgende Analyse wird der Untersuchungszeitraum 1991 bis 2002 betrachtet. In der ersten Hälfte dieses Zeitraums – bis 1996 – konnten die ostdeut-

Kasten

Datengrundlage

Die Untersuchung stützt sich im Wesentlichen auf die Daten des vom DIW Berlin in Zusammenarbeit mit Infratest Sozialforschung erhobenen Sozio-oekonomischen Panels (SOEP). Die Einkommensdaten über die Bruttoeinkommen werden dabei direkt erfragt;¹ bei fehlenden Angaben werden sie imputiert. Das Nettoeinkommen wird für die Haushalte auf Basis der jeweiligen Steuer- und Abgabensätze ermittelt. Die Einkommensangaben werden in den einzelnen Erhebungswellen jeweils für das vorhergehende Jahr erhoben.

Der Berechnung der bedarfsgewichteten Haushaltseinkommen liegt die neue OECD-Skala zugrunde.² Dabei wird das gesamte Haushaltseinkommen durch einen Term geteilt, der aus der Summe der Bedarfsgewichte der Haushaltsmitglieder gebildet wird: Der Haushaltsvorstand erhält ein Gewicht von 1, jede weitere Person über 14 Jahren den Wert 0,5 und jedes Kind den Wert 0,3. Dieses international übliche Verfahren soll Effekte der Kostendegression in Haushalten berücksichtigen.

¹ Vgl. Joachim R. Frick und Markus M. Grabka: Item Nonresponse on Income Questions in Panel Surveys: Incidence, Imputation and the Impact on Inequality and Mobility. In: Allgemeines Statistisches Archiv, Nr. 89, 2005, S. 49–63.

² Vgl. Joachim R. Frick, Jan Goebel und Markus M. Grabka: Zur langfristigen Entwicklung von Einkommen und Armut in Deutschland: Starke Reduktion der arbeitsmarktbedingten Ungleichheit durch sozialstaatliche Maßnahmen. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 4/2005, S. 59–68.

schen Haushalte sehr starke Einkommenszuwächse verbuchen.¹ Die Einkommen stiegen nominal um etwa die Hälfte (Tabelle 1). Allerdings wurde dieser Zuwachs in erheblichem Maße durch Preissteigerungen aufgezehrt.² Bereinigt mit dem amtlichen Preisindex für die Lebenshaltung ergibt sich ein Anstieg der realen Haushaltseinkommen um 13%. Bei den westdeutschen Haushalten war die Entwicklung weniger günstig: Das nominale Nettoeinkommen stieg um knapp 10%, der Verbraucherpreisindex aber um 14%, so dass ein realer Nettoeinkommensverlust von 4% eintrat. Entsprechend kam es zu einer deutlichen Annäherung der ostdeutschen Haushalte an das westdeutsche Einkommensniveau. Das gilt für alle Einkommenskomponenten, vor allem für die gesetzlichen Renten, aber auch für die Erwerbseinkommen, und – ausgehend von einem besonders niedrigen Niveau – ebenfalls für die Vermögenseinkünfte. Kräftig zugenommen haben auch die öffentlichen Transfers, die bereits im Jahre 1991 in Ostdeutschland je Haushalt weit höher waren als im Westen. Hierbei handelte es sich wegen der hohen Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern zu einem relativ großen Teil um Lohnersatzleistungen.

Ab Mitte der 90er Jahre öffnete sich wieder die Schere zwischen Ost- und Westdeutschland. In den alten Bundesländern stiegen die Nettoeinkommen nominal um 19%, in Ostdeutschland dagegen nur um 12% – wobei sich kaum noch Unterschiede bei der Preisentwicklung zeigten.³ Deutlich schwächer als in Westdeutschland haben sich in den neuen Bundesländern die Erwerbseinkommen entwickelt. Auch die Vermögenseinkünfte legten mit 10 Prozentpunkten in deutlich geringerem Maße als in Westdeutschland zu, wo die Wachstumsrate doppelt so hoch war.⁴

Der Anteil von Haushalten mit einem Einkommen aus privaten Renten (wie Betriebsrenten, Renten aus einer privaten Versicherung) hat in Ostdeutschland zwar zugenommen, diese Einkünfte spielen bislang jedoch kaum eine Rolle. In der DDR konnten hierauf keine Ansprüche erworben werden. Trotz der Zunahme von privaten Transfers, zu denen Unterstützungen für getrennt lebende Ehepartner und Kinder wie auch Leistungen für auswärtig untergebrachte Schüler, Studenten und Lehrlinge zählen, haben diese Einkommensbestandteile ebenfalls nur eine geringe Bedeutung für das Portfolio des Haushalts.

Rascher Wandel der Haushaltsstruktur

Gewichtet man die Einkommen mit dem je nach Haushaltszusammensetzung unterschiedlichen Bedarf, dann ist zwar der in der ersten Hälfte der 90er Jahre noch rasche Aufholprozess zum Stillstand gekommen, zurückgefallen ist Ostdeutschland da-

¹ Kräftige Zuwächse bei den Einkommen gab es auch schon vorher. Umfassende Informationen darüber liegen allerdings nicht vor. Zur weitaus wichtigsten Einkommenskomponente der Haushalte – den Löhnen – vgl. Karl Brenke: Löhne in Ostdeutschland – Anpassung an das westdeutsche Niveau erst auf lange Sicht möglich. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 24/2001, S. 357–364.

² Diese sind zum Teil auf den Abbau von Subventionen zurückzuführen, zum Teil waren sie Reflex der Einkommenssteigerungen, insbesondere der Lohnanhebungen.

³ Das Statistische Bundesamt weist nur bis zum Jahr 1999 getrennte Verbraucherpreisindizes nach den alten und den neuen Bundesländern aus, danach wurde diese regionale Differenzierung der Preisstatistik aufgegeben. Sie ist auch überflüssig, da schon in der zweiten Hälfte der 90er Jahre die Preisentwicklung zwischen Ost- und Westdeutschland kaum differierte. Das war auch in den letzten Jahren der Fall, wie die exemplarische Betrachtung der Preisindizes einzelner Bundesländer zeigt.

⁴ Vgl. zu diesem Thema Peter Krause und Andrea Schäfer: Verteilung von Vermögen und Einkommen: Große Unterschiede nach Geschlecht und Alter. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 11/2005, S. 199–207.

Tabelle 1

Haushaltseinkommen in West- und Ostdeutschland nach Einkommensarten

	Deutschland	Westdeutschland	Ostdeutschland	
	In Euro			Index (Westdeutschland = 100)
1991				
Erwerbseinkommen	21 420	23 163	13 798	60
Vermögenseinkommen	936	1 095	239	22
Private Altersrente	287	329	103	31
Private Transfers	103	122	21	17
Öffentliche Transfers	929	859	1 234	144
Gesetzliche Rente	3 792	4 124	2 342	57
Bruttoeinkommen	27 467	29 692	17 737	60
Einkommensteuern	-3 633	-4 194	-1 177	28
Sozialabgaben	-3 227	-3 411	-2 422	71
Nettoeinkommen	20 607	22 087	14 137	64
<i>Nachrichtlich:</i>				
Nettoeinkommen – bedarfsgewichtet	13 279	14 344	8 619	60
1996				
Erwerbseinkommen	23 732	24 761	19 115	77
Vermögenseinkommen	1 323	1 480	619	42
Private Altersrente	388	452	102	23
Private Transfers	171	188	96	51
Öffentliche Transfers	1 789	1 604	2 619	163
Gesetzliche Rente	5 141	5 176	4 984	96
Bruttoeinkommen	32 544	33 661	27 536	82
Einkommensteuern	-4 909	-5 343	-2 962	55
Sozialabgaben	-4 024	-4 115	-3 615	88
Nettoeinkommen	23 611	24 203	20 958	87
<i>Nachrichtlich:</i>				
Nettoeinkommen – bedarfsgewichtet	15 515	16 018	13 262	83
2002				
Erwerbseinkommen	27 155	28 740	20 209	70
Vermögenseinkommen	1 601	1 811	681	38
Private Altersrente	568	661	163	25
Private Transfers	200	210	157	75
Öffentliche Transfers	2 268	2 057	3 194	155
Gesetzliche Rente	6 098	6 073	6 209	102
Bruttoeinkommen	37 892	39 552	30 613	77
Einkommensteuern	-5 619	-6 147	-3 307	54
Sozialabgaben	-4 483	-4 642	-3 789	82
Nettoeinkommen	27 789	28 763	23 517	82
<i>Nachrichtlich:</i>				
Nettoeinkommen – bedarfsgewichtet	18 552	19 215	15 667	82

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2005

nach aber kaum. Das hängt damit zusammen, dass die Zahl der Mitglieder eines Haushalts in Ostdeutschland schneller zurückging als in Westdeutschland (Abbildung 1). Ins Gewicht fiel vor allem der Rückgang bei der Zahl der Kinder je Haushalt mit einem Minus von 40 % infolge des enormen Geburtenrückgangs seit Beginn der 90er Jahre. Insbesondere der Anteil der Paarhaushalte mit Kindern hat abgenommen (Tabelle 2); der Anteil der Alleinerziehenden ist konstant geblieben.

In der Folge wächst in den neuen Bundesländern ein vergleichsweise großer, stark gestiegener Anteil der Kinder in solchen Haushalten auf. Auch die Zahl der Erwachsenen je Haushalt ist rückläufig. Vor allem die Zahl der Single-Haushalte ist rasch gewachsen.

Tabelle 2

Haushaltsstrukturen in West- und Ostdeutschland

In %

	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	1992	1997	2003	1992	1997	2003
Einpersonenhaushalte (ohne Rentenbezieher)	22	23	23	12	15	20
Paarhaushalte (ohne Rentenbezieher)	15	15	15	13	13	13
Alleinerziehende	6	6	6	6	6	7
Paarhaushalte mit Kindern bis zu 16 Jahren	16	15	15	22	14	12
Paarhaushalte mit mindestens einem Kind über 16 Jahren	14	11	11	12	14	12
Einpersonenhaushalte (Rentenbezieher)	14	15	15	16	17	18
Paarhaushalte (mit Rentenbeziehern)	11	12	14	13	16	17
Sonstige Haushalte	3	3	2	4	5	1
Alle Haushalte	100	100	100	100	100	100

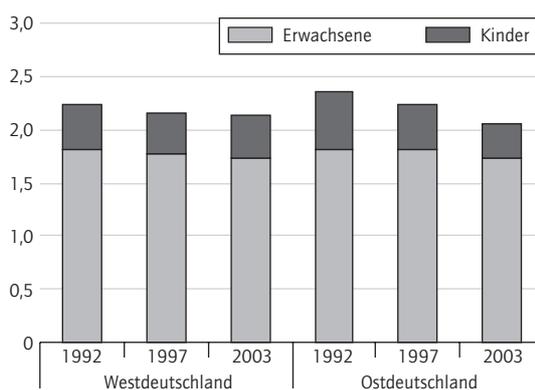
Quellen: Sozio-oekonomisches Panel; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2005

Abbildung 1

Entwicklung der Haushaltszusammensetzung in West- und Ostdeutschland

Durchschnittliche Zahl je Haushalt



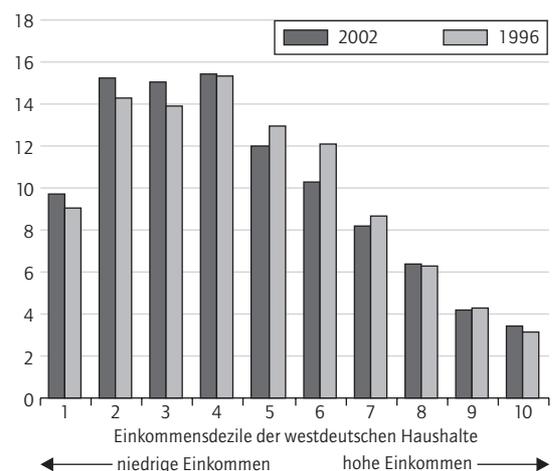
Quellen: Sozio-oekonomisches Panel; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2005

Abbildung 2

Verteilung ostdeutscher Haushalte auf Einkommensdezile der Haushalte in Westdeutschland

Anteile an allen ostdeutschen Haushalten in %



Quellen: Sozio-oekonomisches Panel; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2005

Einkommensverteilung in Ostdeutschland ungleicher geworden

Die meisten ostdeutschen Haushalte erzielen ein Einkommen, das dem der Haushalte mit einem unteren oder mittleren Einkommen in den alten Bundesländern entspricht (Abbildung 2).⁵ Damit sind sie bei den höheren Einkommen unterrepräsentiert. Diese Struktur hat sich von 1996 bis 2002 nicht grundlegend verändert. Geringer geworden ist indes der Anteil der Haushalte mit einem – an den westdeutschen Haushalten gemessen – mittleren Einkommen. Entsprechend hat sich die Einkommensstruktur hin zu Haushalten mit geringem Einkommen verschoben. Die Einkommensverteilung in Ostdeutschland hat sich somit bei den unteren und mittleren Einkommen wieder etwas der Struktur von Anfang der 90er Jahre angenähert⁶ – und

dabei hat die Ungleichheit der Einkommensverteilung zugenommen.

Erwerbseinkommen immer mehr von der Beschäftigungsentwicklung bestimmt

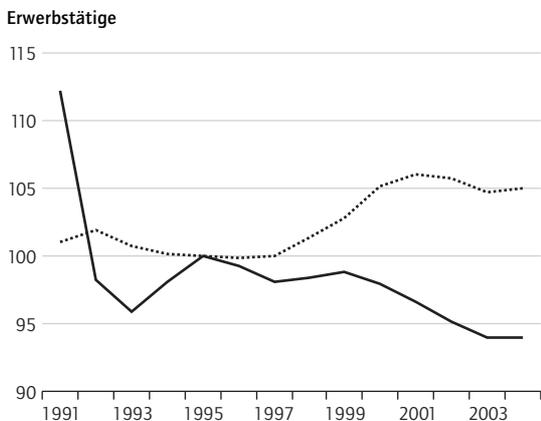
In beiden hier betrachteten Perioden ging die Zahl der Erwerbstätigen nach Angaben der amt-

⁵ Für die Analyse wurden die westdeutschen Haushalte nach ihrem Einkommen in zehn gleich große Gruppen aufgeteilt, und die ostdeutschen Haushalte wurden dann diesen Einkommensklassen zugeordnet. ⁶ Zu den Strukturen in der ersten Hälfte der 90er Jahre vgl. DIW Berlin, IfW, IWH: Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsprozesse. Neunzehnter Bericht. In: Kieler Diskussionsbeiträge, Nr. 346/347, 1999.

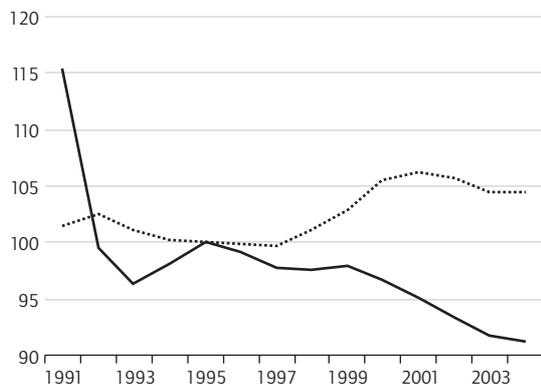
Abbildung 3

Erwerbstätigkeit in den alten und den neuen Bundesländern¹

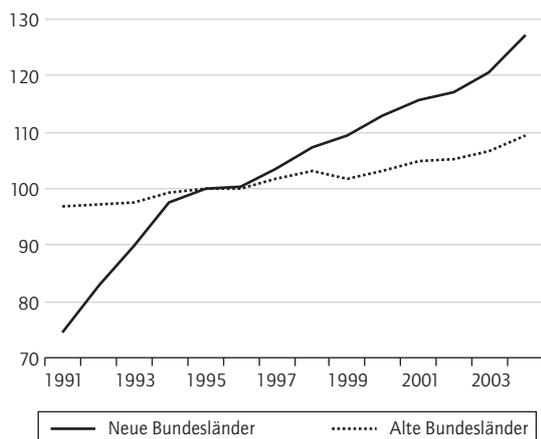
1995 = 100



Abhängig Beschäftigte



Selbständige



¹ Jeweils ohne Berlin.

Quellen: Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung der Länder; Berechnungen des DIW Berlin.

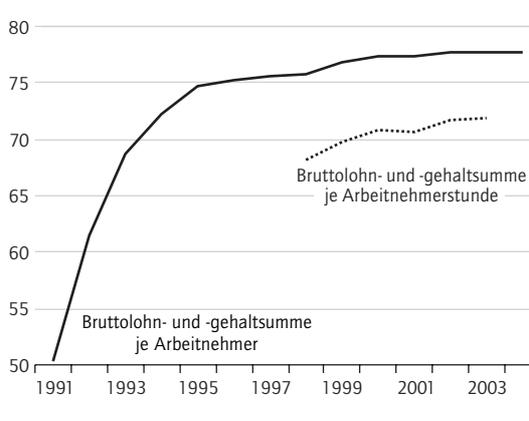
DIW Berlin 2005

lichen Statistik⁷ zurück, wobei es Mitte der 90er Jahre kurzzeitig zu einem Beschäftigungsaufbau kam (Abbildung 3). In den ersten Jahren nach der Wende stiegen die Erwerbseinkommen in Ost-

Abbildung 4

Anpassung der Löhne in den neuen Bundesländern an die der alten Bundesländer

Westdeutschland = 100



¹ Jeweils ohne Berlin.

Quellen: Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung der Länder; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2005

deutschland trotz eines rasanten Beschäftigungsabbaus kräftig.⁸ Seit etwa Mitte der 90er Jahre nahmen sie dagegen kaum noch zu. Aufgrund der unterschiedlichen Beschäftigungsentwicklung in beiden Teilen Deutschlands blieben die Erwerbseinkommen in Ostdeutschland in der Summe sogar zurück.

Nach amtlichen Angaben hat die Angleichung der Löhne und Gehälter (brutto) je abhängig Beschäftigten an das westdeutsche Niveau seit 1995 – wenngleich mit immer geringerem Tempo – weiter Fortschritte gemacht (Abbildung 4). Dies trifft noch mehr auf die Bruttostundenlöhne zu. Hier liegen die ostdeutschen Arbeitnehmer jedoch noch weiter hinter Westdeutschland zurück als bei den Pro-Kopf-Löhnen. Entsprechendes zeigt sich auf Haushaltsebene: Wird in Haushalten in Ostdeutschland ein Arbeitnehmereinkommen erzielt, ist die Annäherung an das westdeutsche Einkommensniveau am weitesten vorangeschritten (Tabelle 3).

Die Situation von ostdeutschen Haushalten mit Einkommen aus selbständiger Tätigkeit hat sich ebenfalls erheblich verbessert – vor allem in der

⁷ In der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung sind Angaben für die alten und die neuen Bundesländer nur nach dem Inlandskonzept verfügbar. Das gibt darüber Auskunft, in welcher Region die Personen einer Erwerbstätigkeit nachgehen, nicht aber, in welcher Region sie wohnen. Abweichend vom Wohnortkonzept, das den Haushaltsbefragungen des Sozio-oekonomischen Panels zugrunde liegt, werden deshalb die Berufspendler zwischen den alten und den neuen Bundesländern ihrem jeweiligen Arbeitsort zugeordnet. Deren Zahl ist zwar nicht gering, aber auch nicht so groß, dass die unterschiedlichen Quellen nicht gemeinsam verwendet werden dürfen.

⁸ Vgl. Karl Brenke, a. a. O.

Tabelle 3

Anteile der Haushalte mit Erwerbseinkommen an allen Haushalten und dessen Höhe¹ in West- und Ostdeutschland

	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	1991	1996	2002	1991	1996	2002
Haushalte mit Erwerbseinkommen insgesamt						
Anteil an allen Haushalten in %	71	68	69	74	66	61
Durchschnittliches Erwerbseinkommen in Euro	32 706	36 582	41 679	18 655	29 010	32 944
Index (Westdeutschland = 100)	100	100	100	57	79	79
Haushalte mit Einkommen aus selbständiger Tätigkeit						
Anteil an allen Haushalten in %	9	9	10	6	8	8
Durchschnittliches Einkommen aus selbständiger Tätigkeit ² in Euro	25 514	28 656	42 161	14 662	25 929	30 603
Index (Westdeutschland = 100)	100	100	100	57	90	73
Haushalte mit Einkommen aus abhängiger Beschäftigung						
Anteil an allen Haushalten in %	66	61	61	72	62	55
Durchschnittliches Einkommen aus abhängiger Beschäftigung ² in Euro	30 800	35 094	39 372	17 697	26 746	31 662
Index (Westdeutschland = 100)	100	100	100	57	76	80
Haushalte mit Einkommen aus Nebentätigkeit						
Anteil an allen Haushalten in %	7	10	11	4	8	10
Durchschnittliches Einkommen aus Nebentätigkeit in Euro	3 842	4 019	3 345	1 570	2 182	2 329
Index (Westdeutschland = 100)	100	100	100	41	54	70

¹ Bruttoeinkommen.² Haupttätigkeit.

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2005

ersten Hälfte der 90er Jahre im Zuge des damals kräftigen Wirtschaftswachstums z. B. im Baubereich. Danach haben die Selbständigen beim Einkommen zwar auch in Ostdeutschland weiter zulegen können, jedoch weniger ausgeprägt als die im Westen. Das ist auch der Fall bei Haushalten mit Einkommen aus Nebentätigkeit. Diese Beschäftigungsform hat sich – sei es als Arbeitnehmer, als Selbständiger oder mithelfender Familienangehöriger – ab 1991⁹ in Ostdeutschland stark ausgebreitet. Zugenommen hat insbesondere die selbständige Beschäftigung in der Haupttätigkeit. Dies konnte aber bei weitem nicht den Abbau der abhängigen Beschäftigung kompensieren.

Bedeutung von Transfereinkommen erheblich gestiegen

Der überdurchschnittliche Anstieg der staatlichen Transfereinkommen (gesetzliche Rente und öffentliche Transfers wie Arbeitslosenunterstützung, Kindergeld, Sozialhilfe, Wohngeld oder BAföG) in Deutschland ist im Wesentlichen auf drei Faktoren zurückzuführen: die Alterung der Gesellschaft, die hohe Erwerbslosigkeit und den raschen Strukturwandel der Lebensformen, z. B. die wachsende Bedeutung der Alleinerziehenden und der Rentnerhaushalte. Eine dauerhaft hohe Arbeitslosigkeit hat Einfluss auf die Verrentung, wenn – um das „überschüssige“ Erwerbspotential zu reduzie-

ren – Personen vorzeitig in den Ruhestand „geschickt“ werden. Schon zu Beginn der 90er Jahre hatte im Zuge der drastischen Arbeitsplatzverluste in Ostdeutschland der Bezug sozialer Transfers einen höheren Stellenwert als in den alten Bundesländern. Aufgrund der weiter gestiegenen Erwerbslosigkeit und der kräftigen Anhebung der individuellen Transfereinkommen ist ihre Bedeutung noch mehr gewachsen.

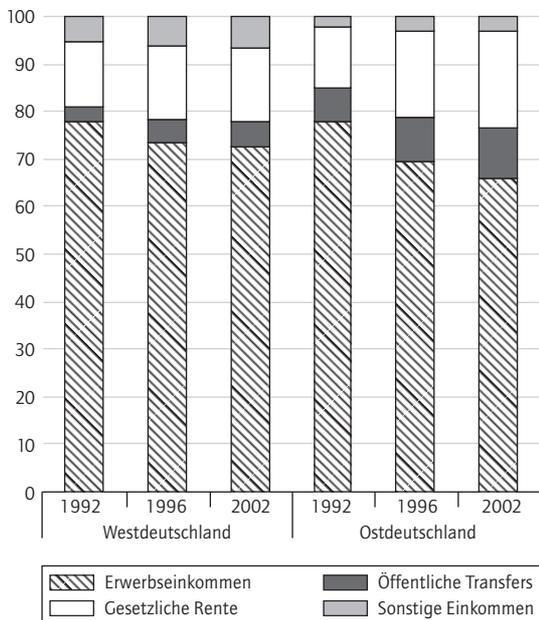
Im Jahre 2002 machten in der Summe die Transfers 30 % des gesamten Haushaltseinkommens (brutto) in Ostdeutschland aus – in Westdeutschland waren es dagegen nur 20 % (Abbildung 5). Da bei den Transfers kaum Steuern anfallen, erhöht sich dieser Anteil bei den Nettoeinkommen auf fast 40 % (Westdeutschland: reichlich ein Viertel). Die Transfereinkommen überstiegen in den neuen Bundesländern die dort gezahlten Einkommensteuern und Sozialbeiträge erheblich: Im Jahre 2002 betrug die Differenz 2 300 Euro je Haushalt, während sich 1991 diese Zahlungen und die Transfers noch die Waage hielten. Somit öffnete sich eine Schere zwischen Transfereinkommen einerseits und den Steuern und Sozialabgaben andererseits. In Westdeutschland überstiegen dagegen Steuern und Sozialabgaben die Transfereinkommen seit 1991

⁹ In der Mangelwirtschaft der DDR dürften Nebentätigkeiten weit verbreitet gewesen sein. Statistische Angaben über das Ausmaß gibt es aber nicht.

Abbildung 5

Struktur der Haushaltseinkommen in West- und Ostdeutschland

Anteile am Haushaltsbruttoeinkommen in %



Quellen: Sozio-oekonomisches Panel; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2005

gleichbleibend um etwa 2 700 Euro. Im Ergebnis werden ostdeutsche Haushalte also von westdeutschen Haushalten erheblich subventioniert.

Immer mehr Haushalte von Transferzahlungen abhängig

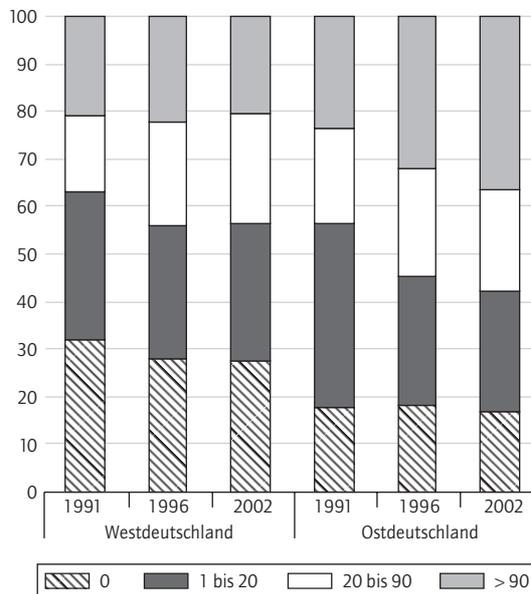
Nicht nur der Anteil der Sozialtransfers am Haushaltseinkommen ist gestiegen, sondern auch immer mehr Haushalte in den neuen Bundesländern sind von Transferzahlungen abhängig (Abbildung 6). Vor allem die Zahl der fast vollständig (zu mehr als 90 %) von Transfers lebenden Haushalte nahm zu. Hierunter befinden sich in hohem Maße Rentnerhaushalte, die – anders als die in Westdeutschland – kaum auf andere Einkommensquellen wie Vermögenseinkünfte¹⁰ zurückgreifen können. Was die Höhe der gesetzlichen Altersbezüge betrifft, sind die Rentner in Ostdeutschland nicht im Nachteil, denn sie erhalten höhere Auszahlungen als jene in den alten Bundesländern.¹¹

Bei anderen Haushaltstypen hat die Bedeutung der Transfers am Haushaltseinkommen ebenfalls zugenommen. Das gilt auch, wenngleich in deutlich geringerem Maße, für die alten Bundesländer (Tabelle 4). Sowohl bei den Paarhaushalten (ohne Rentenbezug) mit als auch ohne Kinder haben sich

Abbildung 6

Haushalte in West- und Ostdeutschland nach ihrem Anteil sozialer Transfers¹ an den Haushaltseinkommen

Anteile an allen Haushalten in %



¹ Gesetzliche Renten und öffentliche Transfers.

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2005

die Transferanteile am Haushaltsbudget erhöht. In den neuen Bundesländern waren zudem Singles und Alleinerziehende mehr und mehr auf Transfers angewiesen.

Folgerungen

Ostdeutschland ist bei der Einkommensentwicklung seit Mitte der 90er Jahre zurückgefallen. Das liegt aber nicht etwa daran, dass die individuellen Erwerbseinkommen als die wichtigste Einkommensquelle nur schwach gestiegen wären. Vielmehr ist die Zahl der Bezieher von Erwerbseinkommen gesunken und infolgedessen die Transferabhängigkeit kräftig gestiegen. Die Transfers übersteigen Einkommensteuern und Sozialabgaben deutlich – eine Konstellation, die in einer geschlossenen Volkswirtschaft unmöglich wäre bzw.

¹⁰ Vgl. Peter Krause und Andrea Schäfer, a. a. O.

¹¹ So kommen die Rentner nach Auskunft des Statistischen Bundesamtes in Ostdeutschland bei den Arbeiterrenten im Jahre 2003 auf einen durchschnittlichen Rentenbetrag von 712 Euro; bei den Angestelltenrenten sind es 864 Euro. Rentner in Westdeutschland erhalten lediglich 606 Euro bzw. 808 Euro; vgl. Statistisches Bundesamt, Mimeo, www.destatis.de/basis/d/solei/soleiq21b.php. Der Vorteil für die Rentner im Osten erklärt sich allein durch die gewährten längeren Anrechnungszeiten; vgl. Statistisches Bundesamt, Mimeo, www.destatis.de/basis/d/solei/soleiq21a.php.

Tabelle 4

Durchschnittliche Anteile der Erwerbseinkommen und der Sozialtransfers am Haushalts-einkommen in West- und Ostdeutschland

In %

	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	1991	1996	2002	1991	1996	2002
Durchschnittlicher Anteil der Erwerbseinkommen am Haushaltsbruttoeinkommen¹						
Einpersonenhaushalte (ohne Rentenbezieher)	71	67	76	84	71	64
Paarhaushalte (ohne Rentenbezieher)	92	87	87	92	82	78
Alleinerziehende	63	55	54	74	58	54
Paarhaushalte mit Kindern bis zu 16 Jahren	88	82	81	85	81	71
Paarhaushalte mit mindestens einem Kind über 16 Jahren	83	81	79	86	82	78
Einpersonenhaushalte (Rentenbezieher)	4	3	2	1	1	0
Paarhaushalte (mit Rentenbeziehern)	14	13	12	24	13	12
Sonstige Haushalte	70	66	53	67	68	53
Durchschnittlicher Anteil der Sozialtransfers am Haushaltsbruttoeinkommen¹						
Einpersonenhaushalte (ohne Rentenbezieher)	21	25	16	13	25	31
Paarhaushalte (ohne Rentenbezieher)	5	8	7	6	38	18
Alleinerziehende	28	37	37	22	38	42
Paarhaushalte mit Kindern bis zu 16 Jahren	10	15	16	14	18	27
Paarhaushalte mit mindestens einem Kind über 16 Jahren	11	15	17	13	16	20
Einpersonenhaushalte (Rentenbezieher)	88	86	87	93	96	94
Paarhaushalte (mit Rentenbeziehern)	73	75	74	70	83	84
Sonstige Haushalte	22	28	40	31	30	43

¹ Arithmetisches Mittel des Anteils der Erwerbseinkommen bzw. der Sozialtransfers der einzelnen Haushalte.

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2005

zu deren raschem Kollaps führen würde. Sie ist nur möglich, weil die neuen Bundesländer solidarisch von den alten Bundesländern unterstützt werden. Dies beeinträchtigt in zunehmendem Maße den Wirtschaftskreislauf in Westdeutschland, insbesondere aufgrund der nach wie vor wachsenden Transferabhängigkeit Ostdeutschlands.

Auf den ersten Blick könnte das Phänomen von überproportional gestiegenen Löhnen einerseits und schwacher Beschäftigungsentwicklung andererseits zu der Annahme verleiten, dass die ostdeutsche Wirtschaft an Wettbewerbsfähigkeit verloren hat. Übermäßig hohe Lohnsteigerungen haben gewiss in der Umbruchphase nach der Wende den wirtschaftlichen Neuaufbau massiv behindert und dazu beigetragen, dass zahlreiche Arbeitsplätze verloren gegangen oder gar nicht erst entstanden sind.¹² Inzwischen hat aber der Markt solche Fehlentwicklungen korrigiert. So lagen 2004 etwa im verarbeitenden Gewerbe, das in Ostdeutschland einen besonders großen Teil der Exportbasis ausmacht, die Lohnstückkosten im Jahre 2000 bei 91 % des westdeutschen Niveaus.¹³

Wenn es demnach nicht die Wettbewerbsfähigkeit ist, kann es nur eine Nachfrageschwäche sein, in deren Folge die Zahl der Arbeitsplätze in den neuen Bundesländern abnimmt. Hierbei sind aller-

dings nicht nur die neuen Bundesländer, sondern Deutschland insgesamt in den Blick zu nehmen. Seit Jahren zeigt sich generell eine auseinander klaffende Schere: Die Nachfrage aus dem Inland bleibt immer mehr hinter den Exporten zurück.¹⁴ Das trifft Ostdeutschland wegen der dort viel geringeren Exportbasis viel stärker als die alten Bundesländer. So tragen die neuen Bundesländer gerade einmal etwas mehr als 5 % (2003) zu den deutschen Ausfuhren bei.¹⁵ Folglich ist die schwache Entwicklung der Erwerbstätigkeit und somit auch der Haushaltseinkommen vor allem auf die wachsenden Ungleichgewichte der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland generell zurückzuführen.

Ohne eine stärker von der Inlandsnachfrage getragene wirtschaftliche Belebung wird der Osten kaum aufschließen können. Sie ist auch deshalb dringend notwendig, weil die Gefahr wächst, dass

¹² Vgl. Karl Brenke, a. a. O.

¹³ Arbeitsentgelte je Arbeitnehmer in Relation zum Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen; berechnet anhand der Daten des Arbeitskreises VGR der Länder.

¹⁴ Vgl. Arbeitskreis Konjunktur im DIW Berlin: Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 2005/2006. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 1-2/2005.

¹⁵ Vgl. Arbeitskreis Konjunktur Ostdeutschland: Lage und Aussichten der ostdeutschen Wirtschaft: Im Sog der konjunkturellen Erholung. In: Wirtschaft im Wandel, Nr. 8/2004.

die Entwicklung in den neuen Bundesländern in einen sich selbst verstärkenden Abschwung mündet. So nimmt in Ostdeutschland die Bevölkerung weiter ab – insbesondere weil junge Menschen, darunter vor allem Frauen, wegen unzureichender

Beschäftigungsmöglichkeiten abwandern. Das schmälert in den neuen Bundesländern nicht nur die Kaufkraft, die Produktionsmöglichkeiten und die Einkommenschancen, sondern auch die Grundlagen für eine erfolgreiche wirtschaftliche Zukunft.

Hinweis auf eine Veranstaltung

berlin lunchtime meetings

Berlin Lunchtime Meetings

CEPR London, DIW Berlin and IZA Bonn

The Berlin Lunchtime Meetings are a joint series of monthly expert talks hosted by the Centre of Economic Policy Research (CEPR), the German Institute for Economic Research (DIW Berlin) and the Institute for the Study of Labour (IZA). The objective in holding these discussion meetings is to disseminate to a wide audience, in a non-technical fashion, the best policy-relevant research produced by the joint research networks of CEPR, DIW Berlin and IZA. The seminars serve as a platform for leading European and international researchers to address important policy issues, and as a forum for debate and discussion among researchers, policy makers and the private sector.

We choose the topics discussed by their policy relevance at the time of the meeting. However, the principal topics originate from the following fields of research

- ♦ Labour market reform
- ♦ Comparative analysis of pension provision and reform across Europe
- ♦ Private sector financing of public services
- ♦ Economic growth and fiscal stability
- ♦ The future of the European Union (European convention and enlargement)

25 May 2005, 12.00 – 14.00 h

Income Taxation in Germany: Trajectory and Perspectives

Prof. Dr. Dr. Giacomo G. Corneo,
Free University of Berlin

dbb forum berlin
Friedrichstr. 169/170
10117 Berlin

For further information please contact

Ralf Messer
DIW Berlin
Stabsabteilung Information und Organisation
Königin-Luise-Str. 5
14195 Berlin
Tel. +49 - 30 - 897 89-569
E-Mail: lunchtime@diw.de



The Berlin Lunchtime Meetings
are supported by the Anglo German
Foundation

Impressum

DIW Berlin
Königin-Luise-Str. 5
14195 Berlin

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann (Präsident)
Prof. Dr. Georg Meran (Vizepräsident)
Dr. Tilman Brück
Dörte Höppner
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Bernhard Seidel
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Alfred Steinherr
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Axel Werwatz, Ph. D.
Prof. Dr. Christian Wey

Redaktion

Dr. habil. Björn Frank
Dr. Elke Holst
Jochen Schmidt
Dr. Mechthild Schrooten

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 - 30 - 897 89-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805 - 19 88 88 *dtms/12 Cent/min.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,-
Einzelheft Euro 7,-
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende

ISSN 0012-1304

Bestellung unter leserservice@diw.de

Konzept und Gestaltung

kognito, Berlin

Satz

Wissenschaftlicher Text-Dienst (WTD), Berlin

Druck

Druckerei Conrad GmbH
Oranienburger Str. 172
13437 Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an die Abteilung Information und Organisation zulässig.